

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald Erst Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad
mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 4)

Bezugspreis monatlich 90 Wg. Durch mit 20 Wg.
im Nachbarortsoberlehr 2,35 Wk. in Württemberg
2,5 Wk. vierteljährlich, hiezu Bestellgeld 30 Wg.
Druck und Verlag der S. Hofmann'schen Buchdruckerei
Verantwortlich: G. Reinhardt in Wildbad.
Anzeigen 12 Wg. von auswärts 16 Wg. die
Zeitspalt oder deren Raum.
Reklame 25 Wg. die Zeitspalt.
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Wg.
beisonders berechnet. Bei Offerten 20 Wg.

Nr. 97

Freitag, den 25. April 1919

36. Jahrgang.

Der deutsche Völkerbunds-Entwurf.

W.B. meldet: Die deutsche Regierung hat dem Pariser Völkerbundsentswurf vom 14. Febr. ds. J. eigene Vorschläge gegenübergestellt, die sich von ihm in wichtigen Punkten unterscheiden. Während nämlich der Pariser Entwurf, wie es scheint, auch in seiner neuen Fassung die Leitung des Bundes einem bürokratischen Kollegium überweist, das nach dem Machtgrundsatz gebildet ist und auf eine Sicherung der fünf Großmächte und ihrer Herrschaftstellung hinausläuft, vertritt der deutsche Entwurf den Grundgedanken genossenschaftlicher Gleichheit und demokratischer Repräsentativprechung.

Nach dem deutschen Entwurf umfasst der Völkerbund ohne weiteres alle kriegsführenden Staaten, so wie alle neutralen Staaten, die dem Haager Weltfriedensvertrag angehören. Andere Staaten bedürfen zur Teilnahme eines Mehrheitsbeschlusses der Bundesglieder. Dem Päpstlichen Stuhl ist der Eintritt ohne die Voraussetzung vorbehalten. Gegenüber den Nicht-Bundesstaaten, die als seltene Ausnahme gedacht werden, bilden die Völkerbundsstaaten eine Einheit zu gemeinsamer Verteidigung. In allen Fragen der inneren Staatenpolitik gilt dem Bunde der Grundsatz der Nicht-Einmischung. Nur für nationale Minderheiten ist die Befugnis vorgesehen, Organe des Bundes zur Wahrung des Rechts auf Pflege ihres Eigenlebens in Sprache, Schule, Kirche, Kunst, Wissenschaft und Recht anzuerkennen.

Die Organe des Völkerbunds sind zunächst der Staatenkongress und das Weltparlament als Gesetzgeber. Der Staatenkongress wird durch Vertreter aller Regierungen zu gleichen Rechten gebildet. Er erfüllt seine Aufgaben durch einen ständigen Ausschuss. Von den Vorechten bestimmter Mächte in diesem Ausschuss ist keine Rede. Das Weltparlament muß bei den wichtigen Beschlüssen beim Bundeshaushalt zustimmen. Seine Zusammensetzung ist nur vorläufig geregelt, indem das erste Weltparlament von den Parlamenten aller Einzelstaaten gewählt wird, derart, daß für je eine Million Einwohner ein Vertreter gewählt wird, aber kein Parlament im ganzen mehr als zehn Vertreter entsenden darf.

Behörde der Rechtspflege im weiteren Sinne sind zwei ständige Körperlichkeiten: der internationale Gerichtshof und das Vermittlungsamt. Jede Staatsangehörigkeit muß vor eine der beiden Behörden gebracht werden. Nur eins ist den Staaten erlaubt, nämlich die Streitfragen durch besondere Schiedsgerichte entscheiden zu lassen, soweit es sich nicht um die Auslegung von geschriebenen Rechtsakten handelt, die die ganze Völkerbundsgemeinschaft angehen. Jede der beiden Behörden besteht aus 15 Mitgliedern.

Das Vermittlungsamt hat besondere Befugnisse, drohende Streitfragen von amtswegen vor sein Kollegium zu ziehen, damit eine Lösung gefunden wird, ehe die Spannung sich zum Streit entwickelt.

Unter den Zwecken des Völkerbunds ist der wichtigste die Abrüstung. Nach dem deutschen Entwurf ist der Krieg keine gesetzliche Form der internationalen Streitvermittlung mehr. Die Rüstungen werden daher auf das Maß beschränkt, das für die innere Sicherheit und die Ausübung des Notwehrrechts erforderlich ist. Zur See darf es, abgesehen vom Küstenschutz, keine bewaffneten Schiffe geben als die Seepolizei der Völkerbundsstaaten, die unter gemeinsamer Leitung der Seestaaten steht und unter seinen Mitgliedern verteilt wird. Meerengen und Kanäle werden in weitem Umfang internationalisiert, die See- und Luftschifffahrt an dem Boden der Gleichberechtigung geregelt.

Die Wirtschaftsfreiheit schließt jede Art von Wirtschaftskrieg aus, die nicht vom Bund als Maßnahme der Zwangsverwaltung befohlen wird. Im Betrieb von Handel und Gewerbe, sowie im Rechtsschutz wird Gleichstellung von Ausländern und Inländern für alle Völkerbundsstaaten gefordert. Ausfuhr, Einfuhr und Durchfuhr sind in liberalem Geist geordnet. Ein Welthandelsrecht wird als Ziel aufgestellt.

Für internationales Arbeitsrecht wird dem deutschen Entwurf ein Sonderabkommen beigefügt. Achtstundentag, Mindestalter von 14 Jahren, weitgehende Schutz auch der Heimarbeiter, Ausdehnung der Berufungsgesetze, Gleichstellung von In- und Ausländern in den Arbeitsbedingungen und internationale Kontrolle sind seine hervorsteckendsten Züge.

In der Kolonialfrage erkennt der deutsche Entwurf den Grundsatz der internationalen Verwaltung für Tropenkolonien an. Die Aufsicht des Völkerbunds soll in allen nicht mit Selbstverwaltung versehenen Kolonien in erster Linie auf den Schutz der Eingeborenen, weiter auf die Einhaltung des Grundsatzes der „offenen Tür“ sich erstrecken.

Die „Tägliche Rundschau“ bemerkt: Wenn die demokratische Regierung Deutschlands es in dieser Zeit wagt, der Pariser Akte den Entwurf eines wirklichen Völkerbunds entgegenzustellen, so kann diese Kundgebung vielleicht bei den Neutralen, die jetzt endlich spüren, daß wir auch für ihre Freiheit gekämpft haben, Eindruck gewinnen und Beifall finden. Die Pariser Akte wird sie kaum umstoßen.

Bedeutungvolle Erklärung Wilsons.

Paris, 23. April. Nach einer Reutersmeldung hat Präsident Wilson zur adriatischen Sache eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt: Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Frage hoffe ich, daß folgende Erklärung zu einer befriedigenden Lösung beitragen wird:

Italien trat in den Krieg auf Grund einer privaten Verständigung mit Großbritannien und Frankreich ein, die jetzt als Londoner Vertrag bekannt ist. Seither ist eine völlige Veränderung der Verhältnisse eingetreten. Viele andere Mächte haben sich von jener Vereinbarung zu wissen, am Kampfe beteiligt. Das Österreich-ungarische Kaiserreich besteht nicht mehr. Verschiedene Teile jenes Reichs wurden als unabhängige Staaten eingerichtet, deren Freiheit wir ebenso begrüßen wollen, wie unsere eigene.

Außerdem wurde der Krieg dadurch beendet, daß Deutschland ein Waffenstillstand auf gewissen Grundrissen vorgeschlagen wurde, die eine Neuordnung nach Recht und Gerechtigkeit mit sich bringen sollen. Auf dieser Grundlage wird der Friede mit Deutschland ausgeführt werden. Wir können nicht verlangen, daß der Friede mit den Staaten des ursprünglich österreichisch-ungarischen Kaiserreichs und mit denen der Balkangruppe nach anderen Grundrissen durchgeführt wird.

Die Initiative zum Frieden bestand in dem ausdrücklichen Bekenntnis zu jenen Grundrissen. Wenn diese Grundrisse beibehalten werden sollen, so muß Rom als Aus- und Einfaktor für den Handel nicht Italiens, sondern Ungarns, Böhmens, Rumaniens und Südslaviens dienen. Wissen wir Jenseits Italien zu, so würden wir das Gefühl hervorgerufen, daß wir den Hafen, der für alle diese Länder den Hauptzugang zum Mittelmeer bildet, in die Hand einer Macht legen, von der er keinen wesentlichen Bestandteil bildet. Zweifellos aus diesem Grunde wurde Rom in den Londoner Vertrag nicht eingeschlossen, sondern den Kroaten zugewiesen, und der Grund, warum im Londoner Vertrag viele adriatische Inseln und ein Teil der dalmatischen Küste eingeschlossen war, war hauptsächlich der, daß es für Italien für nötig erachtet wurde, zwischen den Küsten der östlichen Adria einen Stützpunkt zu haben, um seine Küste vor einem neuen Angriff seitens Österreich Ungarns zu sichern. Aber dieses besteht nicht mehr. Es wurde vorgeschlagen, die dortigen Befestigungen zu schleifen. Auch sollen die neuen dort errichteten Staaten eine Rüstungsbeschränkung annehmen, die jeden Angriff ausschließen würden. Eine ungerechte Behandlung der dortigen italienischen Bevölkerungsgruppe wird durch ausreichende internationale Garantien vermieden werden.

Nun und gut, jede mit dieser Regelung zusammenhängende Frage hat ein neues Aussehen erhalten. Italiens Grenzlinien erstrecken sich jetzt wieder bis zu den Wänden, die seine natürliche Verteidigung bilden. Es kann gegenüber den fürzlich besetzten Völkern jenseits des Adriatischen Meeres jene vornehmsten Eigenschaften entfallen: Dürstherzigkeit und Gerechtigkeit. Amerika ist Italiens Freund. Es vertraut Italien und glaubt, daß es nichts von ihm verlangen kann, was sich nicht mit jener geheiligten Verpflichtung vereinbaren läßt, bei deren Formulierung ich als Amerikas Wortführer auftrat. Es handelt sich jetzt nicht um Interessen, sondern um Rechte von Völkern und Staaten. Dies allein sind die Grundrisse, unter denen Amerika zustimmen kann, Frieden zu schließen.

Paris, 24. April. (Navas.) Die Fortentwicklung der Note Wilsons in der Adriaticfrage rief in Paris große Aufregung hervor.

London, 23. April. (Reuters.) Zu den italienischen Forderungen erklärt das Reutersche Bureau, Großbritannien habe Italien in dessen eigenem Interesse geraten, auf einige seiner Forderungen zu verzichten, wenn aber die Italiener nach dem Londoner Vertrag auf ihren Rechten bestehen, so werde Großbritannien und Frankreich die Folgerungen aus der Unterzeichnung des Vertrages ziehen. Wilson habe keine Erklärung einzig und allein auf seine eigene Verantwortung erlassen.

Neues vom Tage.

Die Reichswehr.

Berlin, 24. April. Die Bildung der neuen deutschen Reichswehr soll im Juli beendet sein. Das Große Hauptquartier in Kolberg wird Anfang Juli aufgelöst.

Betriebsräte.

Berlin, 24. April. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat bis zur reichsgerichtlichen Regelung die Einführung von Betriebsräten in allen Betrieben und Büros mit mindestens 10 Angestellten, einschließlich der staatlichen, verfügt.

Berlin, 24. April. Die deutschen Delegierten zur internationalen Sozialistenkonferenz in Amsterdam, Hermann Müller und Wels, können noch nicht abreisen, weil sie von der niederländischen Regierung noch keine Einreise-Erlaubnis erhalten haben.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 24. April. Auf Bericht des Marschalls Hoch (nicht Clemenceau) hat der Präsident der Kommission der verbündeten Waffenstillstandskommission, General Nudant, an den Vorsitzenden der deutschen Kommission in Spa folgende Note zur Bekanntgabe an die Reichsregierung:

1. Die deutschen Vertreter können abreisen, wenn sie hierzu bereit sind. Die deutsche Regierung wird gebeten, den Zeitpunkt ihrer Abreise so schnell wie möglich bekannt zu geben. Ihre Reise im Verbandsgebiet wird so geregelt, daß sie abends in Versailles ankommen, um in Ruhe sich einzurichten zu können.

2. Die deutschen Vertreter werden jede Bewegungs-freiheit zur Erfüllung ihrer Aufgabe haben. Ebenso haben sie völlige Freiheit für telegraphische und telephonische Verbindung mit ihrer Regierung.

3. Die deutschen Vertreter können schon jetzt ihre drei-Mitgliederkommission nach Versailles senden, um die Unterbringung vorzubereiten. (gez.) Nudant.

Das W.B. erzählt hierzu, daß die deutschen Vertreter am Montag von Berlin abfahren werden. (Zu dem Note Nudants ist nichts davon gesagt, daß die deutschen Friedensvollmachten auch zu Verhandlungen und Aussprachen berechtigt sind. Das Schweigen ist wohl als Zustimmung zu betrachten.)

Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Genf berichtet wird, wird zum Schutz gegen etwaige Belästigungen der deutschen Bevollmächtigten der ganze Raum zwischen deren Wohnort in dem Versailles „Hotel Vatel“ und dem Beratungssaal im Trianon-Hotel mit Stacheldraht umgeben.

Weitere Lebensmittel.

Amsterdam, 24. April. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet, daß die Alliierten jetzt auch die Lieferung von 13.500 Tonnen Hülsenfrüchten und 7000 Tonnen Getreide von Holland nach Deutschland gestattet haben. Die einzuführende Speckmenge ist auf 4000 Tonnen erhöht worden.

Der Generalstreik.

Hamburg, 24. April. Bei den Ausdehnungen des Fobels in den beiden letzten Nächten sind zwischen Rathausmarkt und Zeughausmarkt über 80 Geschäfte geplündert worden.

In der vergangenen Nacht wurden durch 2000 Mann Volkswehrtruppen etwa 35 Straßenzüge in St. Pauli abgepörrt. Die Truppen wurden durch 200 Kriminalbeamte wirkungsvoll unterstützt. Bis 9 1/2 Uhr vormittags wurden über 100 Personen wegen unbefugten Waffentragens, Aufreizung, Diebstahls, Schleichhandels usw. festgenommen. Bedeutende Mengen von Gewehren, Revolvern und Munition, Diebstahl- und Strohwaren wurden aus den Häusern herausgeholt. Die Sicherheit im Hafen wird



durch eine dem Kommandanten von Groß-Samburg unterstellte Torpedobootsflottille gewährleistet.

Die vierte Revolution in München.

Bamberg, 24. April. Die Unzufriedenheit mit dem Ministerium Hofmann kommt mehr und mehr zum Ausdruck wegen seiner Entschlossenheit und Jagdtätigkeit. Obgleich die Zustände in München zum Himmel schreien und an vielen Orten die kommunistische Bewegung aufs neue aufsteigt, geschieht von der Regierung nichts. Sie ist immer noch zum Verhandeln geneigt und vergeden wartet man auf eine energische, erlösende Tat. Besonders erbittert ist man über den Leiter des Militärschweizers, Schnepfenhorst, der sich seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen gezeigt hat. In Funktionärprotesten protestiert die kommunistische Regierung in München gegen den Anmarsch der „Weißen Garde“ und sie sandte vier Kameradgenossen nach Ingolstadt, um von der bamberger Regierung die Anerkennung der Rechtmäßigkeit der kommunistischen Regierung für Südbayern zu verlangen. Drei dieser Abgeordneten wurden in Ingolstadt als Geiseln für den verräterischen Ueberfall der Roten Gardeisten bei Dachau verhaftet.

Bauernrat Gaudorfer, der von Anfang an eine zweifelhafte Rolle gespielt hat, ist in die Schweiz geflüchtet.

Die Zwangsöffnung der Schließfächer der Münchener Banken hat den Kommunisten eine schwere Enttäuschung gebracht; in der Hypothekbank fielen ihnen 20000 Mark und in der Vereinsbank 12000 Mark in die Hände. Umso eifriger wird die Durchsuchung der Privatwohnungen nach Bargeld, Schmuck, Lebensmitteln, Kleidern und Stoffen betrieben. In öffentlichen Auftritten und Befehlen wird gesagt: „Proletarier, wenn Ihr Hunger habt, holt Euch, was Ihr braucht.“

Dem Präsidenten des bayerischen Landtags, Franz Schmidt, ist es nach der „Bos. Ztg.“ gelungen, aus München zu entkommen, nachdem er erfahren hatte, daß er als Geiseln festgesetzt werden sollte.

Nürnberg, 24. April. Die Spartakisten beabsichtigten einen neuen Gewaltstreik, dem das Generalkommando durch zahlreiche Verhaftungen zuvorkam. Die Ueberführung der Regierung von Bamberg nach Nürnberg ist vorläufig noch nicht wahrscheinlich.

Die Bauern im bayerischen Wald haben eigene Bataillone gebildet, um am Kampf gegen München teilzunehmen. — General von Mühl, zuletzt Kommandant der 3. bayerischen Division, soll zum Oberbefehlshaber der Regierungstruppen ausersuchen sein. Der General stellt noch gewisse Bedingungen.

Augsburg, 24. April. Die Arbeit in den Fabriken ist heute morgen in vollem Umfange aufgenommen worden. Die Straßenbahnen sind wieder im Betriebe. Der Kommandierende der Regierungstruppen macht zur Aufklärung bekannt, daß die württembergischen Truppen von württembergischen Lebensmitteln leben und daß die Truppen erst nach Augsburg geworfen wurden, als die Transporte nicht durchgelassen worden sind. Bayern soll durch Bayern gerettet werden. Die Württemberger verschmähen sofort, wenn er der bayerischen Regierung melden könne, daß in Augsburg alles in Ordnung sei. Nach dem heutigen militärischen Tagesbericht betragen die Verluste der Regierungstruppen 6 Tote, sowie 18 Verwundete, von denen mehrere gestorben sind.

Der Bolschewismus in der Schweiz.

Bern, 24. April. In der Gazette de Lausanne veröffentlicht der russische Schriftsteller Versty einen Geheimrat (1) der Sowjetregierung von Ende Oktober über die Vorbereitungen einer bolschewistischen Revolution in der Schweiz. Der Erlaß war an den damaligen Sowjetgesandten in Bern weitergeleitet mit der Anweisung, ihn den Hauptführern der schweizerischen Sozialisten zugehen zu lassen. In Zürich und Bern sollen Sowjetzellen errichtet werden. Die Beschäftigung des Bundesrats und anderer hervorragender Bürger und Politiker ist geplant, desgleichen die Erziehung von 400 bürgerlichen Personen am Tage der Ausrufung der schweizerischen Räte-Republik. An den Umtrieben war besonders Madef beteiligt.

Gegen die Sommerzeit.

Wien, 24. April. In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses der Nationalversammlung sprachen sich Vertreter aller Parteien gegen die von der Regierung verfügte Einführung der Sommerzeit aus, so daß die Zurückziehung der Verfügung wahrscheinlich ist.

Das Ende der Räterepublik in Ungarn?

Wien, 24. April. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Budapest, die Lösung der ungarischen Krise werde vermutlich die sein, daß die jetzige Regierung zurücktrete und ein sozialistisches Ministerium die Führung des Landes übernehme. Der in Wien weilende Graf Batthyány, schon der Entente als kommender Ministerpräsident für Ungarn ausersuchen.

Die Lage in Budapest ist hofflos. Nirgends gibt es mehr Ordnung und Disziplin. Überall wird geplündert. Die disziplinierte Rote Garde weicht vor den Hunnen immer weiter zurück, von Süden drängen die Jugoslawen vor und die Tschechoslowaken stehen in der Nähe der Hauptstadt.

Von der Friedenskonferenz.

London, 24. April. Nach der „Daily Mail“ hat der Friedensvertrag mit Deutschland im letzten Augenblick noch eine Abänderung erfahren müssen, weil man vergessen hatte, eine Klausel einzuschließen, wonach Deutschland sich verpflichten muß, auf jedes Gebiet im Kaiser Wilhelm-Land am Südpol zu verzichten.

Bestimmte Vertreter der Ententemächte sollen geneigt sein, dem Friedensvertrag mit Deutschland ein Anhängsel anzufügen, wonach Deutschland auf den Gotthardvertrag mit der Schweiz zu verzichten.

Wie mitgeteilt wird, soll den Polen außer dem litauischen Bezirk Kowno und Brest auch die Buglinie zugesichert werden.

Paris, 24. April. (Havas.) Nach der Veröffentlichung einer Note Billets hielten die italienischen Be-

vollmächtigten eine Sitzung ab, in der sie beschloßen, Paris zu verlassen. Wilson und Lloyd George wurden von dem Beschluß in Kenntnis gesetzt.

Haag, 24. April. Aus Paris wird gemeldet, Italien habe angemeldet, daß es gegebenenfalls wegen Dalmatien abermals zu den Waffen greifen werde. Diese Drohung werde aber besonders in amerikanischen Kreisen nicht ernst genommen, da Amerika heute bereits die italienische Valuta stützen müsse und Italien auch in der Lebensmittelförderung von den Vereinigten Staaten abhängig.

Paris, 24. April. Der italienische Ministerpräsident Orlando will Paris verlassen. Orlando fürchtet, daß das italienische Ministerium gestürzt werde, wenn die Ansprüche auf Dalmatien und Triume nicht durchdringen. Dann aber werden revolutionäre Unruhen in Italien unausbleiblich sein.

Rom, 24. April. (Stefani.) „Tribuna“ erklärt, daß die Lage durch die Ablehnung der italienischen Forderungen zweifellos ernsthafter Natur sei. Italien müsse die volle Verantwortlichkeit auf diejenigen abwälzen, die, nachdem sie ihre eigenen Interessen in der befriedigendsten Weise unter der Mitarbeit Italiens geregelt hätten, gläubigen, die Hindernisse gegen Italien hervorheben und vergrößern zu müssen.

Zustände in europäischen Hospitälern.

Haag, 24. April. Das internationale Rote Kreuz-Komitee in Genf teilt mit, daß die Zustände der Hospitäler in gewissen Teilen Europas furchtbar seien. In Antares z. B. werden die Leute ohne Verbandsmittel operiert und aus Mangel an Teden mit Zeitungspapier zugebunden.

Der Krieg im Osten.

London, 23. April. (Mentzer. Amlich.) Die russischen Streitkräfte im Pechoradistrikt säuberten im Verein mit den sibirischen Truppen die Njma am Zusammenfluß der Njma und Pechora von den Bolschewiken. Diese ziehen sich eilig an den Oberlauf der Njma zurück.

Die estnische Nationalversammlung.

Reval, 24. April. Die Eröffnung der estnischen Nationalversammlung hat unter Teilnahme des gesamten diplomatischen Korps stattgefunden. Zum Präsidenten wurde der Unabhängige Rei gewählt. Von der Abgeordneten sind 41 Sozialdemokraten, 30 gehören der Arbeiterpartei, 3 der deutschen Partei, 8 dem Bauernbund, 5 der christlichen Volkspartei, 25 der demokratischen Volkspartei und 1 der russischen Partei an.

Abberufung des japanischen Botschafters in Washington.

Haag, 24. April. Der Washingtoner Korrespondent der „New York Sun“ berichtet, der japanische Botschafter Nishi sei aus Washington abberufen worden. Er werde nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren, da in Japan seine Politik mißbilligt werde.

Belagerungszustand über Sachsen.

Berlin, 24. April. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit wurde über das Gebiet des Freistaats Sachsen der Belagerungszustand verhängt. Mit der Durchführung der sich hieraus ergebenden Maßnahmen ist die sächsische Regierung beauftragt.

Kriegstotenfeier.

Freiburg i. B., 24. April. Der Freiburger Stadtrat hat beschlossen, das badische Ministerium des Innern zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß nach Friedensschluß an einem von der Reichsregierung zu bestimmenden Tage im ganzen Reich die Andenken der gefallenen Krieger gefeiert wird.

(-) **Karler he, 24. April.** Ende dieser Woche wird im Ministerium des Innern mit Vertretern der beteiligten Berufsstände eine Besprechung über die Regelung des Fremdenverkehrs in diesem Jahr abgehalten.

(-) **Karler he, 24. April.** (A. u. B.) Die Inhaberin eines Uhrengeschäftes aus Dissenburg wurde am Samstag, den 19. April mit ihrem Sohne unter der Vorpiegelung eines Goldverkaufs in ein Hotel gelockt, wo der Verkauf stattfinden sollte. Während der Verkaufsverhandlungen erschienen 3 Männer, die sich als Sicherheitsbeamte vorstellten und nahmen den angeblichen Goldverkäufer fest. Auch veranlaßten sie den Sohn der Geschäftsinhaberin mit dem zum Kauf des Goldes mitgebrachten Geld in Höhe von 133000 Mk. mit auf das Polizeipräsidium zu kommen, wohin der Weg mit einem vor dem Hotel bereit gestellten Auto erfolgen sollte. Die Fahrt wurde aber nach dem Weierwald gemacht, wo dem Sohne der Koffer mit dem Geld unter Drohung mit Gewalt abgenommen, geöffnet und daraus der Betrag von 83000 Mk. geraubt wurde. Die Täter gingen mit ihrer Beute flüchtig, konnten aber durch die Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen werden. Der größte Teil des Geldes konnte ihnen wieder abgenommen werden.

(-) **Mannheim, 24. April.** Unter der Firma „Süddeutsche Handelsvereinigung“ ist hier eine N. G. mit einem vorläufigen Kapital von 300000 Mk. mit dem Sitz in Konstanz gegründet worden, deren Hauptzweck die Wiederinstandsetzung der Außenhandelsbeziehungen ist. Der Gesellschaft gehören einige große Banken und Handelsgesellschaften an. Die Errichtung von Tochtergesellschaften im neutralen Ausland ist vorgesehen.

(-) **Heidelberg, 24. April.** Wegen schweren Diebstahls hatte sich die Krankenpflegerin Gertrud Kirchner vor der Strafkammer zu verantworten. Die Angeklagte verbißt juristisch, da sie bei einer früheren Inhaftierung eine Kassehebin überfallen und durch Anbelung geblieben hatte, eine 6jährige Inhaftungsstrafe. Vor Eintritt dieser Strafe war sie bei einer Krankenfamilie als Krankenpflegerin tätig und hatte dort Silberfachen im Wert von 3000 Mk. gestohlen. Von der Strafkammer erhielt sie 3 weitere Jahre Nachhaus und 10 Jahre Ehrverlust.

(-) **Blankstadt b. Schwepingen, 24. April.** Refr. Konrad Arnold konnte gestern sein 50jähriges Jubiläum im badischen Schuldienst feiern.

Württemberg.

op. Stuttgart, 24. April. (Friedensschluß und deutsche Missionsarbeit.) Den Absichten unserer Feinde, besonders Englands gegenüber, die deutschen Missionen aus ihren Kolonien auszuschließen, haben sich geübt die Ev. Oberkirchenbehörde und der Ausschuh der Ev. Landesynode mit folgendem Telegramm an das Auswärtige Amt in Berlin gewandt: „In Uebereinstimmung mit allen deutschen Missionstreibern fordern wir namens der Württ. evangl. Landeskirche die Rückkehr aller unserer Missionare in die deutschen Schutzgebiete und die anderen Kolonien auf der ganzen Welt und vollste Freizügigkeit derselben für alle Zukunft.“ — Mehrere Telegramme wurden von dem Württ. Landesausshuh für die Wasser Mission, vom Verein für ärztliche Mission, sowie von der Ev.-Kirchl. Vereinigung abgefaßt.

(-) **Stuttgart, 24. April.** (Die Württemberger in Augsburg.) Nach amtlicher Mitteilung betragen die Verluste der Württemberger auf bayerischem Boden 1 Offizier tot (Lt. d. R. Helmuth Müller) und 13 Mann verwundet. Die bayerischen Truppen haben folgende Verluste: 2 Führer verwundet, 6 Unterführer und Mannschaften tot, 22 verwundet, 118 vermißt. Auf praktischer Seite sind, soweit bis jetzt festgestellt, 22 gefallen, 35 verwundet und eine große Zahl gefangen. Die Stimmung und Haltung der Württemberger ist ausgezeichnet. Die Bevölkerung bereitet ihnen herzlichste Aufnahme. Die Hauptkräfte des Gegners sind bei München versammelt, keine Sicherheitsstruppen stehen an der Amper in der Linie Ammersee-Dachau-Freising. An der Wärm wurde Selbstbestimmungen angefaßt.

(-) **Stuttgart, 24. April.** (Handelshof.) Nach dem „N. Z.“ hat die im vorigen Jahr gegründete Gesellschaft „Stuttgarter Handelshof“ die für die Geschäftszwecke besonders geeigneten Räume des ehemaligen Kronprinzenpalastes gemietet. Es werden darin für die hochwertigen Erzeugnisse unserer heimischen Industrie Edelemessen veranstaltet, wie auch die Geschäftsreisenden Ausstellungszimmer zur Vorlage ihrer Muster bekommen werden. Mit Eintritt des Friedens wird das Unternehmen weiter ausgebaut.

(-) **Stuttgart, 24. April.** (Erhöhung des Straßenbahn tariffs.) Die bei Gelegenheit des Generalstreiks den Angefallenen der Straßenbahn gewährte Lohnhöhung von täglich 3 Mk. verursacht der Verwaltung eine jährliche Mehrausgabe von 2 Millionen Mk. Andere Verteuerungen erhöhen diese Summe auf etwa 2½ Millionen Mk. Die Verwaltung sieht sich daher genötigt, den Fahrpreis abermals zu erhöhen und zwar wird der Grundtarif für 7 Teilstrecken vom 27. April ab von 15 auf 20 Pfg. festgesetzt. Die übrigen Preis-erhöhungen sind dementsprechend.

(-) **Stuttgart, 24. April.** (Großer Einbruchdiebstahl.) In der gestrigen Nacht wurden in dem Zigarrengeschäft von Robert Vohs in der Friedrichstraße Kleingüter im Wert von 15000 Mk. gestohlen.

(-) **Kernerbach, 24. April.** (Wäschdieb.) Der angebliche Landwirt Albert Kolmar aus Kernerbach hat aus dem Fremdenzimmer einer hiesigen Wirtschaft, wo er übernachtet hatte, Bettwäsche im Wert von 480 Mk. entwendet. Der angegebene Name ist zweifellos falsch. Es dürfte sich um die gleiche Persönlichkeit handeln, die bereits in Ludwigsburg und Bussenhausen gleiche Diebstähle begangen hat.

(-) **Vietigheim, 24. April.** (Dividende.) Die Baumgarnspinnerei Vietigheim wird für das Geschäftsjahr 1918 eine Dividende von 8 Prozent (i. B. 10 Prozent) verteilen, ferner wird das Grundkapital um 600000 Mark auf 1800000 Mark erhöht.

(-) **Benningen a. N., 24. April.** (Leichenlandung.) Aus dem Neckar wurde die Leiche einer Frauensperson gezogen. Es handelt sich wahrscheinlich um die 32 Jahre alte ledige Dienstmagd Marie Fehrl von Affalterbach, die am 1. April in Neckarweihingen wegging um in Ludwigsburg ihre Stelle anzutreten, dort aber bis jetzt noch nicht angekommen ist.

(-) **Tübingen, 24. April.** (Strafkammer.) Wegen verschiedener Schwindelthaten, durch die eine Reihe von Personen in Tübingen u. N. um zusammen 3222 Mark geschädigt wurden, traf die mehrmals vorbestrafte, geistliche 29jährige Rosine Wölfl, geb. Schmid, von Tübingen eine Gefängnisstrafe von 2½ Jahren.

(-) **Nagold, 23. April.** (Erblindet.) Die Mitte der 60er Jahre stehende Frau Christiana Naaf wurde dieser Tage von einem tragischen Geschick ereilt. Bei einem Ausgange fiel sie in eine Ohnmacht. Sie erholte sich rasch wieder, war aber kurz darauf vollständig erblindet.

(-) **Nagold, 24. April.** (Vieh mangel.) Infolge der Unmöglichkeit, die nötige Anzahl von Vieh aus dem Bezirk zu erhalten, wurde im Kommunalverband Nagold wieder eine fleischlose Woche eingeführt.

(-) **Göppingen, 24. April.** (Kommunistische Pläne.) Wie die „Freie Volkszeitung“ gehört haben will, haben die Kommunisten die Absicht, ihr Hauptquartier von Stuttgart nach Göppingen zu verlegen, von wo aus der Versuch unternommen werden soll, die Räterepublik in Württemberg zu proklamieren.

(-) **Mun, 24. April.** (Zur Stadtvorstandswahl.) Rechtsanwalt Mühlhäuser hat die Leitung des Deutschen demokr. Partei erfaßt, von seiner Bewerbung um die Stadtvorstandsstelle abzuziehen angefaßt der ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie und des Zentrums. Der engere Ausschuh der D. D. P. hat diesen Wunsch mit dem Ausdruck des Bedauerns entprochen.

(-) **Vaihingen, 23. April.** (Ein Viehmarkt ohne Vieh.) Die „viehmarktähnliche Veranstaltung“, die ten früher stets sehr stark besuchten Ostermontagsmarkt erliegen sollte, zeigte ein sehr merkwürdiges Bild: Extrazug mit überfüllten Personenzügen, Besucher aus den näheren und weiteren Umgegend, einige Buden als Ermerungszeichen an die Märkte der „guten alten Zeit“ — alles dies fehlte nicht, selbst der beamtete Oberamts-tierarzt nicht, nur von der Hauptsache war nichts bemerkbar — auf dem Viehmarkt war nämlich kein Vieh.

(7) **Raupheim**, 24. April. Gänsewucher, am Ohermarkt kosteten junge Gänse, sog. Leiberle 11 bis 15 Mk. das Stück. Früher war der Durchschnittspreis etwa 80 Pfg.; ja man kaufte sie zum Teil sogar um 20 Pfg.

(8) **Schramberg**, 24. April. (Erwischl.) Reulich wurden aus einem Kamin im Hofe 3 1/2 Seiten Speck geföhlen. Zwei der Diebe, Vater und Sohn, sind hier verhaftet worden, die beiden anderen sehen ihrer Verhaftung in Freudenstadt entgegen.

(9) **Sigmaringen**, 24. April. (Tenres Schweinefleisch.) Zum Vieh- und Krämermarkt waren 40 Ferkel zugeführt. Verkäufe wurden abgeschlossen das Paar zu 350 bis 420 Mk.

(10) **Offenburg**, 24. April. Von der amtlichen Uebernahmestelle in Offenburg waren bis Ende voriger Woche 19 000 elsässische Flüchtlinge zur Weiterfahrt nach den verschiedensten Gegenden Deutschlands abgeführt worden. Unter diesen befanden sich etwa 14 000, die freiwillig Elsaß-Verbringen verließen. Die übrigen Flüchtlinge sind ausgewiesen worden.

Beamtensfragen.

Bei den Verfassungsberatungen ergab sich als nicht geringe Gefahr für das Zustandekommen eines einheitlichen Verfassungswerks das Bestehen gewisser Richtungen, allerlei Privilegien für einzelne Stände in der Verfassung festzulegen. Nachdrücklich muß deshalb betont werden, daß das entscheidende Kriterium gegen derartige Bestrebungen durchaus nicht der Gegnerschaft gegen berechnete Wünsche der einzelnen Stände entspringt, sondern der wichtigen Erkenntnis des Wesens einer Verfassung, die nicht ein Sammelwerk für programmatistische Erklärungen der einzelnen Berufsstände sein soll. Auch bei den Bestimmungen über Beamtenfragen mußte dies zum Ausdruck gebracht werden, weshalb wir auf die Rede des demokratischen Abg. Dr. Wölz zurückkommen der hiesu u. a. ausführte:

Es ist bei einer Verfassungsberatung, die die Staatsgrundlagen festzulegen hat, nicht an der Zeit, Einzelforderungen vor allem aber nicht das alte Recht mit alten Einzelverordnungen über die Prüfungs- und Anstellungsweisen verfassungsmäßig festzulegen. Ueber die öffentlich-rechtliche Stellung der Beamten im Staatsorganismus besteht an sich in der Praxis Einigkeit und vom Standpunkt der Deutschen demokratischen Partei ist es ein Bekenntnis, wenn wir an den Grundlagen der öffentlich-rechtlichen Struktur des Beamtenverhältnisses — lebenslängliche Anstellung nach angemessener Probezeit, Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung, Recht der korporativen Geltendmachung der besonderen Standesinteressen festhalten. Wir sehen darin ein notwendiges Moment der Stetigkeit im Staatsleben. Wenn wir damit den Beamten als solchen wirtschaftliche Garantien gewähren, so befriedigen wir weit über diese Standesinteressen hinaus grundlegende Forderungen der Allgemeinheit, die gerade in den Wirren und Ängsten unserer Zeit nach einer sicheren Führung der staatlichen Geschäfte verlangt. Wir haben deshalb einige grundlegende Gesichtspunkte in der Verfassung zu verankern, Zweckmäßigkeitsfragen in ihren Einzelheiten aber ins Beamtengesetz zu verweisen. In die Verfassung gehört die Frage der Beamtenernennung. Sie ist im Allgemeinen dem Staatspräsidenten vorbehalten. Die Unabhängigkeit in Sachen der Beamtenernennung ist ein ausnahmsgebender Punkt bezüglich der Unabhängigkeit der Beamten selbst. Die Garantien für Unabhängigkeit sind in noch höherem Maße bei den Beamten und Behörden erforderlich, welche die Rechtsprechung einschließlich der Verwaltungsrechtsprechung auszuüben haben. Diese Unabhängigkeit war im konstitutionellen System gewährleistet in der Ernennung durch den König. Beim heutigen System muß sie dadurch sichergestellt werden, daß die Anzucht der Beamten durch den Landtag abhängigen Minister auch für das Gebiet der Verwaltungsrechtsprechung in der Verfassung ausgesprochen wird. Beide Punkte sind unsererseits schon bei den ersten Debatten hervorgehoben worden und haben in den §§ 60 und 61 eine befriedigende Lösung gefunden. Darüber hinaus gehen Anträge des Abg. Bazille. Er will die Verpflichtung zur Stellenanschiebung und die Vorschriften, welche die Erteilung eines Staatsamts vom Bestehen einer Prüfung abhängig machen, in der Verfassung festlegen. Beim 1. Punkt handelt es sich bei aller Anerkennung ihrer Bedeutung für eine gerechte Stellenbesetzung doch mehr um eine Frage der Verwaltungspraxis, die in das Beamtengesetz und nicht in die Verfassung gehört. Was die Prüfungsfrage anlangt, so treffen ähnliche Erwägungen zu. Für die Zukunft darf allerdings nicht übersehen werden, daß in wirtschaftlichen Staatsbetrieben der Mann der Praxis einerlei ob Techniker oder Kaufmann unter Umständen auch ohne Staatsprüfung der Allgemeinheit wertvolle Dienste leisten kann. Privilegien müssen aber im Volksstaat ihre Schranke finden in den unzweifelhaften Interessen der Allgemeinheit. Dem verschließt sich auch der Antrag Bazille nicht ganz, er will hierüber den Landtag entscheiden lassen. Zweckmäßigerweise wird aber auch diese Frage im Beamtengesetz geregelt.

Tagegen können wir den Grundgedanken der beantragten §§ 61b und 61c zustimmen, obwohl wir in der jetzigen Fassung keine befriedigende Wiedergabe des Gedankens erblicken. Es erscheint uns vielmehr zweckmäßig, entsprechend des § 53 der alten Verfassung als Gegenstand zur Festlegung der richterlichen Unabhängigkeit in der Verfassung die Gehalts- und Prüfungsfragen gegenüber den Anweisungen der vorgesetzten Behörden für die Verwaltungsbeamten eingehender festzulegen. Wir werden der Landesversammlung bis zur 3. Lesung etwa folgende Vorschläge unterbreiten:

Das Beamtenverhältnis ist öffentlich-rechtlicher Natur. Die Anstellung erfolgt in der Regel unter Einhaltung der jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen nach Ablauf einer Bewährungsfrist auf Lebenszeit und begründet den Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung.

Den Beamten steht das Recht zu, ihre Berufs- und Standesinteressen durch Zusammenschluß zu wahren und in Ausschüssen, welche innerhalb der einzelnen Zweige der Staatsverwaltung zu bilden sind, gegenüber der Staatsregierung zur Geltung zu bringen.

Der Beamte ist außerhalb des Rahmens des § 61 gegenüber dienstlichen Anweisungen der vorgesetzten Behörde zum Gehorsam verpflichtet.

Soweit bei gewissenhafter Prüfung insbesondere bezüglich der Zuständigkeit und der gesetzlichen Form oder aber bezüglich der sachlichen Gesetzmäßigkeit Zweifel entstehen, sind diese unverzüglich in angemessener Form der vorgesetzten Behörde vorzutragen. Beharrt diese auf der Anweisung, so ist sie durchzuführen, es sei denn, daß ihre Ausführung wider das Strafgesetz verstößt oder gegenüber Dritten unter Anwendung von Gewalt durchzusetzen ist.

Auf diesem Boden dürfte auch für unsere Beamten eine angemessene Regelung erreicht werden können.

Die Streifhetze
und die Einfuhr von
Lebensmitteln.
80.-M
Wirklicher Wert **213.-M**
vor dem Streik (25. II. 19)
251.-M
durch den Streik (8. IV. 19)
70

Die Streifhetze der letzten Wochen richtet nicht nur unser gesamtes Wirtschaftsleben zu Grunde, sie verteuert auch die Einfuhr der uns endlich zugebilligten und so dringend benötigten Lebensmittel in einem Maße, daß sie fast einer Verhinderung gleichkommt. Der Kurs des deutschen Geldes im Ausland sinkt von Tag zu Tag erheblich. Vor dem letzten Ruhrstreik am 27. März mußten wir den Frank, der ursprünglich 80 Pfg. wert ist, mit Mk. 2.13 bezahlen, am 8. April kostete er uns bereits 2.51 Mk. Das ist eine Vertenerung um 38 Pfg. auf 80 Pfg., also 47,5 Prozent. Nehmen wir unser gegenwärtig in Umlauf befindliches Papiergeld in Höhe von rund 35 Milliarden Mk., so hat dieses im Zeitraum von 14 Tagen eine Entwertung um 47,5 Prozent gleich 16 1/2 Milliarden Mk. erfahren. Dieser Ausdrückgang bedeutet praktisch, daß wir die Lebensmittel, die wir jetzt erhalten, wesentlich höher bezahlen müssen und daß sie auch der Bevölkerung nur zu erheblich höheren Preisen ausgehrieben werden können. Nur durch gesteigerte Arbeit werden wir die Lebensmittel erhalten, die wir brauchen, und nur geregelte anspannende Arbeit wird sie uns zu Preisen verschaffen, die nicht gerade wucherisch sind.

Viehzucht.

Die Befreiung von Verdauungsstörungen beim Rindvieh. Ein einfaches und sicheres Mittel gegen akute Verdauungsstörungen (sille Bölle) beim Rindvieh, vorangesezt, daß nicht irgendwelche Fremdkörper im Magen, sondern Ueberfütterung die Ursache ist, besteht in folgendem. Etwa 1 Kilogramm Brot werden zu Brosamen zerrieben und sorgfältig geröstet, wie zu einer guten Suppe. Nach dem Erkalten wird das Ganze in einer trockenen „Gelte“ dem kranken Tiere vorgehalten. In vielen Fällen werden die Brosamen gierig gefressen; ist dies nicht der Fall, so werden dieselben handvollweise eingegeben. Dieses Mittel hat selbst in solchen Fällen noch geholfen, wo trotz tierärztlicher Behandlung keine Besserung eintrat und Notchlachtung unausweichlich erschien. Es ist besonders auch deshalb zu empfehlen, weil das Eingeben leichter und weniger gefährlich vonstatten geht, als beim Einschütten von Flüssigkeiten.

Die Bedeutung der Weizenkleie in der Fütterung wird leider noch vielfach verkannt; man schreibt ihr vielfach in der Praxis die Aufgabe des Eiweißlieferanten zu, aber mit Unrecht; dazu ist der Gehalt zu niedrig. Wenn auch die Weizenkleie keinen ungünstigen Einfluß auf die Milchergiebigkeit ausübt, so wirkt sie in erster Linie auf den Ernährungszustand ein. Es sind daher Futtermengen von mehr als 1 Kilogramm Weizenkleie in der allgemeinen Ration bei Milch- und Zuchtvieh nicht angebracht. Da sie ein so gesundes und bestimmtes Futter bildet, stellt man gern etwa 1/3 bis 1 Kilogramm mit in die Futtermenge ein; man kann sie aber auch ohne Schaden gänzlich streichen, wenn man darauf Bedacht nimmt, daß die Röhre rechtzeitig trocken gestellt werden und in dieser Trockenzeit ausschließlich 1 bis 2 Kilogramm Weizenkleie erhalten. Gerade in der Zeit des Trockenstehens macht sie die Weizenkleie ausgezeichnet bezahlt; es kommt alsdann nicht allein ihre diätetische, leichtlösende Eigenschaft zur Wirkung, sondern es äußert sich noch nebenbei ein spezifisch günstiger Einfluß auf das Aufstehen.

Der Sonnenblumentuchen wirkt fast gleich dem Erdnüssen auf die Milchergiebigkeit, ist also in bezug auf die Fettmenge indifferent; er ist in frischem Zustande gesund; sein Gehalt an Kalzium und Phosphorsäure ist geringer als der des Erdnüssen. Da der Sonnenblumentuchen so hart ist, daß seine Zerkleinerung selbst mit dem Rüdenschaber Schwierigkeiten macht, empfiehlt es sich, gutes reines Sonnenblumentuchmehl statt der Kuchen zu verwenden.

Nutzen der Selbsttränke beim Rindvieh.

(Nachdruck verboten.)

Die Milch ist jetzt überall ein rarer Artikel geworden. Deshalb sollten alle Mittel, welche dazu geeignet sind, den Milchtrag zu steigern, aufs sorgfältigste beachtet werden. So hat man z. B. beobachtet, daß Selbsttränken für Milchvieh den Milchtrag täglich bis anderthalb Liter erhöhen. Rechnet man auch nur täglich 1 Liter mehr von jeder Milchkuh, so ergibt das einen Mehrertrag von rund 350 Liter im Jahr, mithin eine Mehreinnahme von 60–70 Mk., wenn ein Liter Milch etwa zu 17–20 Pf. gerechnet wird. Bei größeren Rindviehbeständen ist der durch die Selbsttränke erzielte Gewinn natürlich noch weit mehr in die Augen springend. Der Grund zu dieser stärkeren Milchabsonderung liegt darin, daß das Tier bei der Selbsttränke seinem eigenen Durstgefühl beliebig nachkommen kann. Das Wasser verarbeitet sich dadurch gleichmäßiger in dem Körper des Tieres zu einer fettreichen Milch, vorausgesetzt natürlich, daß ausreichend nährstoffreiches Futter verabreicht wird. Die Anlage einer Selbsttränke ist darum sowohl im Groß- wie auch im Kleinbetriebe in jedem Falle lohnend, zumal auch durch das sonst nötig werdende zweimalige Tränken Zeit und Geld gespart wird. Die Einrichtung ist so zu treffen, daß zwischen je zwei Kühen ein Tränkbecken kommt, welches vom Hauptwasserbassin aus gespeist wird. Achtet man darauf, daß jeden Abend das Wasserbassin gefüllt ist, so bekommt das Vieh auch stets abgestandenes Wasser zu trinken, was bei dem Eimertränkverfahren nicht immer der Fall ist. Das Wasser in der Selbsttränke ist bei der angegebenen Behandlung mindestens 8 Grad warm, wie es dem Körper des Tieres am zuträglichsten ist. Viehstallbesitzer mit Selbsttränkeinrichtung wollen auch die Erfahrung gemacht haben, daß das Haar der Tiere bedeutend glatter wurde, so daß die Selbsttränke auch dort besondere Vorteile bietet, wo dem Vieh weniger Haar resp. Körperpflege zuteil werden kann. Berücksichtigt man, daß durch Selbsttränke eine gewisse Selbstfütterung erzielt wird, so bewährt sich diese Einrichtung nicht allein beim Milchvieh, sondern auch beim Schlacht- und Zuchtvieh.

Gemeinnütziges.

Der Salzkegel. Es ist merkwürdig, auf wie vielen Tischen, selbst in gut geleiteten Häusern, der Salzkegel fehlt. Und doch ist er sehr nötig, denn in seiner Abwesenheit muß das Salz mit einem Messer, an dem vielleicht Butter oder Sauce klebt, genommen werden oder gar mit den Fingern. Wird es in einer Streubüchse auf den Tisch gebracht, dann ist allerdings der Löffel überflüssig; sonst aber dürfte er nicht fehlen, namentlich da die Ausgabe dafür so verschwindend klein ist, daß jede Hausfrau sie sich leisten kann.

Emalliertes Geschirre, das an den Salzen undicht geworden ist, läßt sich oft noch eine Zeitlang dem Gebrauch erhalten, wenn man die schadhaften Stellen mit Glasflit bestreicht und diesen trocknen läßt, ehe man die Gegenstände wieder benützt. Der Kitt wird mit der Zeit immer härter und die Geschirre lassen sich noch ziemlich lange gebrauchen.



Vermischtes.

Die Ueberreste. Ein von Köln kommender Herr berichtet: Die amerikanische Botschaft hat Aufmerksamkeiten in Hülle und Fülle. Von der Stadtverwaltung in Köln wurde dem Kommandierenden nahegelegt, daß die bisher weggeworbenen Ueberreste an Fleisch etc. an gewisse den Kölner Volkshäusern zugewiesen werden. Das geschieht jetzt und man wundert sich allgemein über die verhältnismäßig große Menge dieser Ueberreste. Bedrängten besorgen die Amerikaner in Köln für die kleinen Kinder Nahrung über die üblichen Rationen hinaus, dagegen erhält die erwachsene Bevölkerung außer den genannten Ueberresten keinen Zusatz aus amerikanischen Beständen.

Die rote Milch. Im Sprecksaal der „Südd. Ill.“ erscheint folgendes Eingekauft: „Kamulich wird seit der Streikwoche die Milch für Degerloch und Stuttgart nicht mehr mit der Bahn abgeleitet, sondern in einem holländischen Milchauto auf den Tübingen geholt. Am Mittwoch, den 16. ds. Mts. warteten die Degerlocher Frauen vergeblich auf den Wagen, der in der Regel um 1/2 Uhr ankam. Die Säuglinge jammerten die Frauen worten — endlich nachts um 1/21 Uhr kam das Auto an und die Herren entschuldigten sich damit, es sei in einem Straßenunfall zertrümmert worden! Nun — am anderen Tag kam das Milchauto richtig um 1/2 Uhr an, erwartet von einer großen Volksmenge und — dem Polizeiwachmeister von Degerloch. Ein Beamter vom Stuttgarter Lebensmittelamt stieg aus dem Wagen und lorkelte vielmehr total betrunken heraus und wankte in den Läden des Milchhändlers, ein Großmüßler. Ueber hatte vorher Lunte gezogen und war jetzt abgebrannt. Der Wachmeister der irgendwoher Vieh bekommen sollte untersuchte nun das holländische Milchauto im Beisein der Menge an, beschlagnahmte drei schwerbedampfte Säcke rotes Fleisch. Da kauft ja Blut aus den Milchkanälen“ rief einer. Und in der Tat — in fünf Milchkanälen die Milch für die armen Säuglinge, und Kinder hätten erhalten sollen, befanden sich das Blut und die Eingeweide der erschlachteten Tiere!

Verkehrseinstellung. Wegen Kohlenmangels wird am Sonntag, den 27. April, der Personenverkehr auf sämtlichen württembergischen Staatsbahnstrecken eingestellt.

Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. gibt bekannt, daß der Personenverkehr am 26. April in beschränktem Maße wieder aufgenommen wird. Die Schnellzüge fallen bis auf weiteres aus.

Unpändbarkeit der Feuerungszulagen. Eine wichtige Entscheidung fällt das Oberlandesgericht Karlsruhe in der bis jetzt stark umstrittenen Frage der Pändbarkeit der Feuerungszulagen. Der Fall betraf einen Beamten mit 7 Kindern, der außer einem Jahresgehalt von 1440 M. und 200 M. Wohnungsgeld in den letzten Kriegsjahren noch 480 M. Feuerungszulagen erhielt. Diese Feuerungszulage hatte ein Gläubiger mit Beschlagnahme belegen lassen, wogegen der Beamte Widerspruch erhob. Das Landgericht ließ die Pfändung zu, das Oberlandesgericht lehnte die Pfändbarkeit jedoch ab mit der Begründung, daß im Hinblick auf die außerordentlich hohen Lebensmittelpreise die Sonderzuwendung nur zur Bestreitung des notwendigen Unterhaltsbedarfes für den Schuldner und seine Familie diene.

Dauernder Lebensmittelmangel. Auch im nächsten Jahre werden wir, wie der „Bad. Presse“ aus Berlin geschrieben wird, mit einer schlechten Ernte rechnen müssen und auf größere Einfuhren angewiesen sein. Man muß berücksichtigen, daß wir auch im Frieden starken Bedarf an auswärtigen Lebens- und Futtermitteln hatten und jährlich für 3 Milliarden Mark einfuhrten. Der Mangel an Futtermitteln wirkt auf die gesamte Lebensmittelversorgung zurück. Solange wir keine Futtermittel, Gerste, Hafer und Mais, erhalten, von denen wir früher jährlich 9 Millionen Tonnen einfuhrten, werden wir an allen landwirtschaftlichen Produkten Mangel leiden. Milch- und Eiermangel werden andauern, und eine Mästung des Viehs zur Hebung der Fleischversorgung wird unmöglich sein. Aber auch die für die menschliche Ernährung bestimmten inländischen Lebensmittelprodukte werden durch den Mangel an Futtermitteln ihrer eigentlichen Bestimmung entzogen, da das Vieh damit gefüttert werden muß. Unsere Schweinezucht wird ohnehin nicht bodenständig, sondern industrialisiert. Tausende von Mastschweinen wurden gehalten, ohne daß die entsprechende Landwirtschaft dahintergestanden hätte. Die Mästung erfolgte durch ausländische Futtermittel, die uns heute sämtlich fehlen.

Bedeutende Textilwarenvorräte in England. Wie der „Serden“ erfährt, sind die Lager der Textilfabrikanten in Manchester so gefüllt, daß dringende Maßnahmen zur Abnahme der Vorräte notwendig sind. Infolge der Konkurrenz, welche Amerika macht, sind die amerikanischen Länder und auch die außereuropäischen Staaten weniger aufnahmefähig für die englischen Waren. Die Fabrikanten drängen auf Aufhebung der Blockade, da ihnen sonst enorme Verluste entstehen, weil die Waren täglich billiger werden.

Preiserhöhung für Bucheinbände. Die Arbeitgeberverbände des Deutschen Buchbindergewerbes haben eine allgemeine Preiserhöhung eintreten lassen, und zwar einen Zuschlag von mindestens 10 Prozent auf Bucheinbände und von 15-20 Prozent auf Broschüren. Begründet wird die abermalige Erhöhung mit den den Arbeitern gewährten hohen Feuerungszulagen.

Motlaufimpfstoff. Nach ministerieller Verordnung darf Impfstoff gegen Schweineerottlauf nur nach vorausgegangener amtlicher Erprobung der Anstalt für Tierheilkunde in Freiburg verwendet werden.

Die Deutsche Demokratische Partei Wildbad

Deutsche demokratische Partei



hält am

Samstag, den 26. April ds. Jrs.
abends 1/8 Uhr

im „Hotel zum Ochsen“

Wildbad.

ihre erste

General-Versammlung

ab.

Tagesordnung:

1. Wahl des Ausschusses und des Gesamt-Vorstandes.
2. Wahl der Partei-Kandidaten für die bevorstehende Gemeinderatswahl.
3. Vortrag über Elßah-Vorbringen.

Angeichts der wichtigen Verhandlungsgegenstände und des hochaktuellen Vortrags wird um möglichst zahlreiches Erscheinen der Partei-Mitglieder dringendst gebeten.

Nichtmitglieder haben keinen Zutritt.

Der Ausschuß.

Morgen Samstag, den 26. April
abends 1/8 Uhr findet im Hotel zum Badischen Hof eine

Mitgliederversammlung

statt.

Tagesordnung.

1. Maifester, 2. Verschiebenes.

Genossen und Genossinnen, das Erscheinen ist dringend notwendig.

Der Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei Wildbad.

Gewerbe-Verein Wildbad.

Am Sonntag, den 27. d. Mt.

Versammlung

im Gasthaus zum Lamm statt.

Bei der zeitgemäß wichtigen Sache ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.

Der Vorstand.

Käse- und Butterformen aus Holz,

sowie

Käseformen

aus verzinstem Weißblech,
jedes Quantum preiswert abzugeben.

Albert Friebel, Landw.-Geräte,
Ludwigsburg, Alleenstr. 4.

Soldaten.

Meldet Euch bei den Werbestellen des
Friedw. Landesjägerkorps

in

Heidelberg, Göthestraße 10

Pforzheim, Marktplatz 3

Donaueschingen, Gasthof zum Gären.

Dort erhaltet Ihr Fahrtausweis nach dem Sennelager. Euer Fahrgehalt zu den Werbestellen sowie zum Sennelager wird Euch zurückgezahlt, wenn Ihr die Fahrkarten in der Annahmestelle Sennelager vorzeigt. Viele haben sich schon gemeldet. Eingeteilt werden Unteroffiziere und Mannschaften aller Waffen die im Jahre waren. Keiner Ungediente, die das 17. Lebensjahr vollendet, 1,60 groß, 80 cm Brustumfang haben. Fahrtausweise werden auf Wunsch vom Sennelager Paderborn zugesandt.

Landesjägerkorps
Sennelager Paderborn.

Feine Parfümerien und Toilett-Artikel

Moderne Parfüms von ersten Firmen

Haarwässer — Haaröle

Haarfarben — Brillantinen

Mund- und Zahnwässer

Zahnpasten und Zahnpulver

Puder, lose und fest

Lechner'sche Schminken

Zahnbürsten

Kämme — Haarbürsten

mod. Haarschmuck

Rasierapparate und -Klingen,

Rasierpinsel und Rasierschnee

Gummischwämme

Hautcrems

mit und ohne Fettgehalt.

Haarnetze

aus echtem Haar.

Artikel zur Nagelpflege.

Medizinal-Drogerie

Grundner Nachfgr.

A. u. W. Schmit.



Lieder-
krantz
Wildbad.

Samstag abend keine
Probe
Der Vorstand.

Ein solides Mädchen

(18 Jahre) sucht Stelle in
Privat für Küche und Haus-

halt
Näheres
G. Gräner
Villa Graf, Söfen.

Württembergische Bürgerpartei Ortsverein Wildbad.

Der zweite

Familien-Abend

findet am

Samstag, den 26. d. Mt.
abends 1/8 Uhr

im Gasthaus zum „Rühlen Brunnen“
statt. Als Redner ist

Herr Dr. Beisswänger,

Mitglied der Landesversammlung,
gewonnen worden, der über ein zeitgemäßes Thema sprechen wird.
Außerdem wird

Herr Ernst Schrempp von hier

über seine Erlebnisse während seiner 4 1/2-jährigen Internierung in einem
englischen Gefangenenlager erzählen.

Die Mitglieder der Partei mit ihren Angehörigen, sowie alle unserer Sache
Nahestehende sind hierzu herzlichst eingeladen.

Der Ausschuß.

Der Jahrgang 1899

erlaubt sich, zu der am
Samstag, den 26. April 1919
im Hotel Palmengarten

Begrüßungs-Freier

verbunden mit
Tanzunterhaltung u. humor. Vorträgen
ergebenst einzuladen.

Beginn präzis 7 Uhr.

Die Altersgenossen.

Gegen Unreinigkeiten in der Haut.

Apotheker S. Stephan
Kammerfelds Waschwasser,
Mittelsalbe,
Sommerprossen-Creme,
Wurzennittel,
Häutchenmittel,
Tinktur und Pflaster
Stad. Apo. L. e.

Zu kaufen gesucht einige guterhaltene eiserne

Gartenstühle

und ein eiserner
Gartentisch

Offerten unter F. C. 100
an die Exped. ds. Blattes.

Ein Paar Kinderstiefel

Nr. 31 hat zu verkaufen.
Wer, sagt die Exped. [807

2 guterhaltene Kisten

hat zu verkaufen
G. Reinhardt.

Zu verkaufen

ein kleiner guterhaltener
Waschherd

samt Kessel,
zu erfragen in der Exped. [305

Wir eisen alle

was 3. St. im freien Handel zu
haben ist. Verlangen Sie unsere
neue Logo-Broschüre Nr. 70 gratis
und franco. Ihre Adresse auf Post-
karte genügt.
Verkaufshaus Lorenz u. Vorberg,
Dresden A. 19, Dandstraße 54 [79

Sich eingetroffen sind

Batterien

Lichtlampen

für Fern- und Nahbe-
leuchtung werden bekannt
billigen Preisen bei
Chr. Schmidt u. Sohn
Königsplatz 68
Rabattmarkte.